

Armee Die jüngsten Entwicklungen im Fall Nef – Gespräch mit Politologin Regula Stämpfli

«Rücktritt ist nur Frage der Zeit»

Samuel Schmid's Position sei momentan so schlecht wie noch nie, sagt die Politologin Regula Stämpfli. In parlamentarischen Regierungen müssten Minister unter solchen Umständen zurücktreten.

Interview Eveline Rutz

Regula Stämpfli, Samuel Schmid war früher über den Inhalt der Strafuntersuchung gegen Roland Nef im Bild, als er bisher zugab. Man hat das Gefühl, dass Schmid immer gerade so viel zugibt, wie die Medien aufdecken. Wie beurteilen Sie Schmid's Verhalten?

Hier ist ein Politiker, dessen Schweige-strategie bisher immer aufgegangen war, enorm unter Druck. Bundesrat Schmid hat sich in der Affäre Nef sowohl persönlich als auch kommunikativ unverständlich, fehlerresistent und uneinsichtig gezeigt. Als Aussenstehende ist es schon fast schmerzhaft, mitansehen zu müssen, was da alles falsch entschieden und falsch geredet wurde.

Hat Samuel Schmid gelogen?

Ach, wissen Sie: Mit dem Begriff des Lügens gehe ich immer sehr sorgfältig um. Bundesrat Schmid hat Unwahrheiten kommuniziert und Fehlentscheide getroffen. Das wiegt schwer genug.

In der Affäre um Elisabeth Kopp spielte der Vorwurf, nicht die Wahrheit gesagt zu haben, eine entscheidende Rolle. Las-



Sieht keinen Grund, zurückzutreten: Samuel Schmid am Mittwoch im Olympischen Museum in Lausanne. (key)

sen sich die beiden Fälle vergleichen?

Es gibt einen grossen Unterschied: Bundesrat Schmid hat sich mit seiner Verschleierungstaktik nicht persönlich schützen wollen, sondern schlicht und einfach autoritär und schliesslich falsch entschieden. Elisabeth Kopp handelte aus einer persönlichen Notsituation heraus. Doch beide Skandale zeigen, wie realitätsfremd manchmal Bundesräte in gewissen Situationen sind.

Müsste Schmid nun auch zurücktreten?

Der Rücktritt von Samuel Schmid ist eigentlich nur noch eine Frage der Zeit. Doch da der Bundesrat und die Bundesratsparteien absolut kein Interesse daran haben, den Fall Samuel Schmid zum jetzigen Zeitpunkt zu einem Fall Regierung zu machen, kann es noch eine Weile dauern. Rein sachlich gesehen ist klar: Samuel Schmid's Position ist momentan so schlecht wie noch nie.

Wie hätte Schmid agieren müssen, um weniger Schaden zu nehmen?

Aus Fehlern lernen. Einsicht zeigen. Veränderungen vorstellen. Keine Medienschele, sondern offene Kommunikation betreiben. Klar zeigen, was Sache ist, und die Verantwortung für eigene Fehler voll übernehmen. So wie Alt-Armeechef Keckeis dies übrigens in souveräner Art und Weise während der letzten «Arena»-Sendung getan hat.

Gestern hat Samuel Schmid auf Radio DRS Stellung genommen. Was ist von seinem jüngsten Auftritt zu halten?

Auch im DRS-Tagesgespräch hat Schmid eigentlich nur wiederholt, was er schon Anfang Sommer gesagt hat. Zudem: Mit dem Satz «Ich schaue nicht

unter die Bettdecke» zeigt er einmal mehr, dass für ihn ein Beziehungsdelikt vor allem persönlicher Natur ist. Dass ein Mann, der in einem Beziehungskonflikt steckt, vielleicht nicht gerade der ideale Kandidat für einen wichtigen Posten als Armeechef ist, wurde innerhalb der Armee offenbar nicht eine Minute lang überlegt. So wie Bundesrat Schmid redet, sieht er selbst jetzt nicht ein, dass er hier eine Fehleinschätzung gemacht hat.

Wie ist es zu erklären, dass Schmid die Brisanz der Sache unterschätzte?

Es bleibt die Vermutung, dass der Verteidigungsminister ein anderes Offizialdelikt, eine andere Strafsache ganz anders beurteilt hätte. Es bleibt auch die Vermutung, dass Samuel Schmid einfach Roland Nef als Armeechef wollte und sich durch nichts, durch niemanden, auch nicht durch Fakten davon abbringen liess. Deshalb wohl auch die Tatsache, dass er den Bundesrat bei der Wahl Nef's zum Armeechef nicht informiert hat.

Wie wären andere Länder Europas mit einem vergleichbaren Fall umgegangen?

In parlamentarischen Regierungen müssen Minister unter solchen Umständen sofort zurücktreten. Mir kommt im Moment kein europäischer oder amerikanischer Fall in den Sinn, wo ein Minister so etwas überlebt hat, aber ich kann mich täuschen.

In der Herbstsession steht eine dringliche Debatte zur Schweizer Armee an. Ist Samuel Schmid überhaupt noch handlungsfähig? Kann er im Parlament noch etwas bewirken?

Für SP-Fraktionspräsidentin Ursula Wyss ist das Vertrauen in Bundesrat Schmid erschüttert. «Die Sicherheitspolitiker wissen nicht mehr, woran sie sind», sagte Wyss. Es sei ein unhaltbarer Zustand und dringlicher denn je, dass Schmid Klarheit schaffe, um das Vertrauen wieder herzustellen. Die Diskussion des Vize-Bundespräsidiums «stellt sich jetzt nicht», sagte Wyss. «Erst hat die Geschäftsprüfungskommission den dringlichen Auftrag, Licht in die Widersprüche zu bringen, dann können wir das beurteilen.» Gleiches wünscht CVP-Präsident Christophe Darbellay. Die GPK müsse das Thema von A bis Z durchleuchten. «Erst dann können wir Bilanz ziehen», sagte Darbellay. Würde Schmid für das Vize-Bundespräsidium kandidieren, würde er auch gewählt, zeigt sich Darbellay überzeugt. «Bundesrat Schmid hat auch Gutes geleistet», sagte er und rief die Armee XXI und die Euro 08 in Erinnerung. Im Fall Nef «hat er Fehler gemacht». Wichtig sei jetzt, die Glaubwürdigkeit der Armee wieder herzustellen. Die GPK müsse die Umstände der Nominierung Nef's spätestens bis zum Beginn der Wintersession klären, fordert das FDP-Parteipräsidium in einem Communiqué. Schmid müsse seinerseits entscheiden, ob er die Armee weiter erfolgreich führen könne. (sda)

Komplementärmedizin

Zustimmung zu Initiative gross

Käme die Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» heute zur Abstimmung, würde sie deutlich angenommen: 81 Prozent der Schweizer Bevölkerung möchten, dass die Komplementärmedizin wieder in die Krankenversicherung aufgenommen wird. Dies zeigt die gestern in Bern vorgestellte Umfrage «sondage santé» des Krankenversicherungsverbands Santésuisse. Das Eidgenössische Departement des Innern hatte auf den 1. Juli 2005 Homöopathie, Anthroposophische Medizin, Traditionelle Chinesische Medizin, Phytotherapie und Neuraltherapie in die Zusatzversicherung verbannt.

Die Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» war vorsorglich bereits im Herbst 2004 von einem breit abgestützten und nicht parteigebundenen Komitee lanciert worden, als sich eine Streichung komplementärmedizinischer Methoden aus der obligatorischen Grundversicherung abzeichnete.

Kommissionen noch uneins

Eingereicht wurde die Initiative Mitte September 2005 mit gegen 140 000 Unterschriften. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen sie ab. Noch ist offen, ob die Volksinitiative mit einem direkten oder einem indirekten Gegenvorschlag konfrontiert wird. Die Gesundheitskommissionen der beiden Räte sind sich darüber uneinig. Santésuisse selber hat konkret zur Komplementärmedizin nie Stellung bezogen. Er hat aber verlauten lassen, dass die «Nicht-Ausweitung von Grundleistungen» den Versicherern willkommen sei. (sda)

Hochschulen

Probleme mit der Mobilität trotz Bologna

Trotz der Bologna-Reform können die Schweizer Studierenden nicht ohne weiteres ein Auslandssemester absolvieren. So gibt denn in einer Umfrage die Hälfte der Befragten an, auf einen Aufenthalt fern der Heimat verzichten zu wollen. Sie befürchten, dass es Probleme bei der Rückkehr geben könnte. Andere wollen nicht weg, weil es der starre Studienplan nicht erlaube. Viele gaben an, die Organisation sei zu aufwändig. Durchschnittlich nannten die Befragten über vier Gründe, wieso sie auf ein Auslandssemester verzichten wollen.

An der Umfrage nahmen insgesamt 4690 Studierende aus der ganzen Schweiz teil. In Auftrag gegeben haben die Umfrage die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten zusammen mit den beiden Studierendenverbänden VSS und VSH. Von jenen Studierenden, die bereits einen Aufenthalt an einer ausländischen Universität hinter sich haben, gaben knapp 23,7 Prozent an, bei der Rückkehr Probleme mit der Anerkennung von Leistungen gehabt zu haben. (sda)

Weltklimarat

Thomas Stocker wird Co-Vorsitzender

Der Berner Klimaforscher Thomas Stocker wird Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe «Wissenschaft» des Weltklimarates (IPCC). Umweltminister Moritz Leuenberger freut sich über diese Ehre für die Schweiz. Wie das Umweltschutzdepartement (Uvek) gestern mitteilte, ist der Weltklimarat das wichtigste wissenschaftlich-technische Organ zur Beurteilung der weltweiten Klimaänderungen. Der IPCC habe massgeblich zur Entstehung der Uno-Klimakonvention und des Kyoto-Protokolls beigetragen. Der 49-jährige Stocker leitet seit 1993 am Physikalischen Institut der Universität Bern die Abteilung für Klima- und Umweltpolitik.

Stocker wird zusammen mit dem chinesischen Professor Qin Dahe den Vorsitz der IPCC-Arbeitsgruppe führen, die den für 2013 geplanten Bericht über den Klimawandel und dessen sozioökonomische Dimensionen vorbereitet. (sda)

Regula Stämpfli



Die Berner Politologin Regula Stämpfli lehrt an verschiedenen schweizerischen und europäischen Bildungsanstalten. Sie ist Dozentin für Geschichte, Politik und politische Philosophie. Sie lebt in Brüssel und arbeitet zudem in Frankreich, Deutschland und in der Schweiz. Sie hat zahlreiche Artikel, Kolumnen und Bücher publiziert und ist als scharfzüngige Analytikerin bekannt. Sie ist unter anderem Mitglied des Ethikrats der öffentlichen Statistik der Schweiz. Regula Stämpfli ist Mutter von drei Söhnen. (eru)

Samuel Schmid: «Ich bin nur ein Mensch»

Bundesrat Samuel Schmid hat gestern eingeräumt, dass er schon im November 2006 über das Strafverfahren gegen Roland Nef informiert wurde. Er habe dies aber dann vergessen. «Auch ich bin nur ein Mensch», sagte er im «Tagesgespräch» von Radio DRS. Die damalige Untersuchung sei nicht in sein Pflichtenheft gefallen. Im November sei er noch nicht direkter Vorgesetzter des damaligen Brigadiers Nef gewesen. Ein Ermittlungsverfahren sei noch lange kein Strafurteil. Es sei eine ganz andere Frage, ob dieses berechtigt sei. Es gelte die Unschuldsvermutung. Die zuständige Staatsanwältin habe damals keine Strafverfolgung gegen Nef beantragt, und es seien keinerlei Straftatbestände gegen Nef bewiesen worden.

Aus der Tatsache, dass eine Genug-tuung bezahlt worden sei, lasse sich auch nicht ein Schuldeingeständnis ableiten. Er kenne die Akten zu den damaligen Ermittlungen nicht, sagte Schmid. Er wisse darüber nur, was er

aus den Medien erfahren habe. Die Auseinandersetzung habe den höchstpersönlichen Bereich Nef's im Zusammenhang mit dessen Trennung von seiner ehemaligen Lebenspartnerin betroffen. Schmid sei davon ausgegangen, dass mit der Aufhebung des Verfahrens und der Vereinbarung zwischen den Parteien das Verfahren geschlossen worden sei. Aus diesem Grund habe er es nicht für nötig gehalten, «unter die Bettdecke» des Kandidaten für das Amt des Armeechefs zu schauen.

«Armee kann stolz sein»

Er verstehe die anhaltende Kritik der Medien an seiner Amtsführung. Es sei für ihn unbestritten, dass er Fehler gemacht habe. Diese habe er zugegeben. An einen Rücktritt denke Schmid nicht. «Im Sturm muss man sich den Gedanken an einen Rücktritt gut überlegen», sagte er. Die Armee stecke nicht in einer generellen Krise. Die Armee dürfe

auch stolz sein auf das, was sie in den letzten Jahren erreicht habe, so Schmid. Die Parteien reagieren heftig auf die jüngsten Entwicklungen. SVP-Präsident Toni Bunner «erstaunt gar nichts mehr». Nun müssten die Parteien ihre Verantwortung wahrnehmen und sich die Frage stellen, ob es so weitergehen könne, sagte Brunner gestern. Sie deckten aus parteitaktischen Überlegungen Bundesrat Schmid. Brunner äusserte sich überzeugt, dass Schmid im Dezember vom Parlament nicht zum Vize-Bundespräsidenten gewählt werde. «Ich habe dazu aus verschiedenen Parteien Signale erhalten.»

Für SP-Fraktionspräsidentin Ursula Wyss ist das Vertrauen in Bundesrat Schmid erschüttert. «Die Sicherheitspolitiker wissen nicht mehr, woran sie sind», sagte Wyss. Es sei ein unhaltbarer Zustand und dringlicher denn je, dass Schmid Klarheit schaffe, um das Vertrauen wieder herzustellen. Die Diskussion des Vize-Bundespräsidiums

«stellt sich jetzt nicht», sagte Wyss. «Erst hat die Geschäftsprüfungskommission den dringlichen Auftrag, Licht in die Widersprüche zu bringen, dann können wir das beurteilen.»

Gleiches wünscht CVP-Präsident Christophe Darbellay. Die GPK müsse das Thema von A bis Z durchleuchten. «Erst dann können wir Bilanz ziehen», sagte Darbellay. Würde Schmid für das Vize-Bundespräsidium kandidieren, würde er auch gewählt, zeigt sich Darbellay überzeugt. «Bundesrat Schmid hat auch Gutes geleistet», sagte er und rief die Armee XXI und die Euro 08 in Erinnerung. Im Fall Nef «hat er Fehler gemacht». Wichtig sei jetzt, die Glaubwürdigkeit der Armee wieder herzustellen. Die GPK müsse die Umstände der Nominierung Nef's spätestens bis zum Beginn der Wintersession klären, fordert das FDP-Parteipräsidium in einem Communiqué. Schmid müsse seinerseits entscheiden, ob er die Armee weiter erfolgreich führen könne. (sda)